



Privatisierung ist Diebstahl! Die NPD fordert die Renationalisierung der Energiekonzerne, um so der neoliberalen Ausbeutungspolitik ein Ende zu machen.

Seite 2



Im Gespräch mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller über volkstreu und zukunftsorientierte Familienpolitik.

Seite 3



Hartz-IV ist asozial! Die NPD-Fraktion stellt sich gegen das durch Hartz-IV erzwungene volkszerstörende „Job-Nomadentum“.

Seite 4

Ausgabe 3 / 2007

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de

Zuweilen ist die „hohe Politik“ auch in Mecklenburg-Vorpommern zu Gast. Erinert sei hier an die „teuerste Grillparty der Welt“

von 2006 mit „Angie“ und George „Dabbelju“ Bush sowie natürlich an den G-8-Kaviar-

und Randle-Gipfel von Heiligendamm. Gern gibt da das Armenhaus BRD mit vollen Händen, um zumindest den Hauch des

großen Weltgeistes einmal hautnah zu spüren. Schätzung: Gesamtkosten mindestens 110 Millionen Euro.

Globalisierung stoppen!

Heimat und Menschen sind keine Ware!

Die „hohe Politik“ macht sich hierzulande auch in ganz anderer Hinsicht bemerkbar. Die Globalisierungseinrichtung „Welt-Handels-Organisation“ (WTO) gab der EU auf, bei der Reglementierung von jeder noch so kleinen Kleinigkeit nicht die „höheren Aufgaben“ aus dem Blickfeld zu verlieren. Die Welt-Zuckerproduktion gehört ohne Wenn und Aber zu diesen. 2006 gipfelten die Verhandlungen in der von EU-Agrarkommissaren verfügten „Reform der Zuckermarktordnung“ (ZMO). Ihr Kern: In den nächsten Jahren hat im EU-Europa eine Drosselung der Zuckerproduktion zugunsten von Entwicklungsländern stattzufinden; geplant ist, sechs Millionen Tonnen weniger zu erzeugen. Der „Rückbau“ (politisch korrektes Synonym für Schließung) soll mit „Prämien“ versüßt werden.

Betroffen in unserer Region: der Werksort Güstrow, wo seit 1883 fabrikmäßig Zucker produziert wird. Ende September 2007 teilte die Nordzucker AG (Braunschweig) den Güstrowern mit, daß ihr Unternehmen unmittelbar nach der 2007er Kampagne der Schließung anheimfallen würde. Betroffen: 99 Werksmitarbeiter und 14 Auszubildende, selbstredend auch deren Familien und bäuerliche Zulieferer von Herrsburg bis Warin, von Saal bis Teterow.

Im NPD-Antrag „Zuckerfabrik Güstrow erhalten – EU-Zuckermarktverordnung kippen!“ wurde vom Land u. a. gefordert, sämtliche Möglichkeiten zum Erhalt der Güstrower Fabrik auszuschöpfen und sich bei der Bundesregierung für eine Aufhebung der Liberalisierung des EU-Zuckermarktes

einzusetzen. Geltend wurden u. a. diese Gesichtspunkte gemacht: Sicherung des Lebensstandards von Landwirten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern der Fabrik einschließlich ihrer Familien, „eine am heimischen Markt orientierte Anbaupolitik mit Aufrechterhaltung eines mengenbegrenzten Abnahme- und Preisgarantiesystems“, Rückkehr zum Außenschutz des deutschen und europäischen Zuckermarktes.

Aufgrund der Entscheidung von WTO und EU gerät der Zuckersektor des alten Europa jetzt vollends in den Sumpf des globalistischen Verdrängungswettbewerbes hinein. Die Schaffenden des Nordens sollen nunmehr jenen standhalten, die „ihre“ Produkte unter Außerachtlassung von Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards fertigen bzw.

fertigen müssen. Verlierer sind alle: Hiesige Landwirte, so sie der Zuckerrübe die Stange halten, werden nunmehr weitere Wege zurücklegen müssen – das auch bei ihnen vorherrschende Eintreten für kleinteilige Kreisläufe tritt in diesen traurigen Tagen umso deutlicher hervor. Im Gegenzuge erfordert das Herankarren des Dritte-Welt-Zuckers globale Transportaufwendungen – Klimaschutz-Diskussionen geraten auf diese Weise zur Farce. Und: In den Drittwelt-Staaten werden weitere Urwaldflächen abgeholzt, um Flächen für den Anbau von Zuckerrohr zu gewinnen, das zudem als (bodenfruchtbarkeitsverzehrende) Monokultur angebaut wird.

Die Linkspartei brachte gleichfalls einen Antrag gegen die Schließung ein, der durch die fehlende Benennung von Roß und Reiter



jedoch als windelweich bezeichnet werden muß. Landwirtschaftsminister Backhaus verwechselte gar Roß und Reiter, indem er seinen Unmut allein auf die Nordzucker AG konzentrierte – Kritik an den eigentlichen Verursachern des Elends (WTO, EU) kann er als politischer Diener fremder Herren wohl auch schwerlich

üben. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten die Blockparteien den NPD-Antrag in Engstirnigkeit ab, wobei die Bemerkung des SPD-Abgeordneten Reinhard Dankert („Das passiert“) bezeichnend war. **Die NPD indes wird auch weiterhin nicht vor den Völker-Verklavern der Globalisierung einknicken.**

Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, die ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemanden den Mund verbieten. Und so hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am treffendsten.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz

NPD-Fraktion fordert: Keine Privatisierung der Deutschen Bahn

Die deutsche Bahn wurde von unserem Volk in 172 Jahren, mit Milliarden von Steuergeldern aufgebaut. Abertausende unseres Volkes haben für sie gearbeitet, ganze Landschaften wurden durch sie geprägt – die Deutsche Bahn ist Volkseigentum. Volkseigentum, das nun privatisiert und damit verschleudert werden soll.

Auch die englische Bahn wurde privatisiert, mit einem katastrophalen Ergebnis. Aufgrund fehlender Investitionen kam es zu schweren Unfällen. Die privatisierte Netzgesellschaft Railtrack ging 2001 pleite und mußte schließlich wieder verstaatlicht werden. Die erforder-

liche Modernisierung des heruntergewirtschafteten Netzes kostet die britischen Steuerzahlenden bis zu 50 Mrd. britische Pfund. Alle britischen Parteien werten die Bahnprivatisierung als Mißerfolg.

In der BRD wird ähnliches eintreten, denn die neuen Eigentümer werden an Profit, nicht aber an der Daseinsvorsorge unseres Volkes interessiert sein, wozu öffentliches Eigentum eigentlich ein Mittel ist. Streckenstilllegungen, Fahrpreiserhöhungen und mangelhafter Service werden die Folge sein, denn nur so können die neuen Besitzer noch mehr und schneller Kasse machen.



Dabei sind 8 Millionen Haushalte in Deutschland ohne PKW – Tendenz steigend, in Zeiten von Hartz-IV und Ökosteuer. Diese Menschen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Bei einer Privatisierung sind mittelfristig 6.000 bis 10.000

Kilometer Schienennetz von der Stilllegung bedroht.

Der Wert des gesamten Konzerns inklusive 34.000 km Trassen und 5.500 Bahnhöfen und allem rollenden Material wird auf bis zu 220 Mrd. Euro geschätzt. Der

Verkauf stellt demnach die größte Form von Verschleuderung gemeinschaftlichen Vermögens in der deutschen Geschichte dar, denn erwartet werden gerade mal 10 Mrd. Euro an Erlösen.

Die NPD-Fraktion forderte die Landesregierung auf, mit einer Initiative im Bundesrat die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu verhindern. Darüber hinaus sollte eine Konzeption für eine schienenorientierte Verkehrsmittelwahl sowie ein Entschuldungskonzept für die Bahn erarbeitet werden – Flächenbahn statt Hochgeschwindigkeitsverkehr.

Der Antrag wurde unter fadenscheinigen Gründen abgelehnt, was wieder einmal zeigt, daß die Blockflöten der etablierten Parteien sich nicht dem Volkwohl verpflichtet fühlen.

1 Jahr NPD-Fraktion im Landtag

NPD - die tun was!

Am Abend der Septemberwahl im vergangenen Jahr spuckten Medien und Politik Gift und Galle, nachdem festgestellt, daß nach Sachsen nun auch in Mecklenburg und Vorpommern die NPD in den Landtag einziehen wird. 7,3 % der Wählerinnen und Wähler hatten genug von Abzocke und Ausverkauf und machten ihr Kreuz bei der nationalen Opposition. Sechs Abgeordnete der NPD (sc) hauen seitdem den Politbonzen auf die Finger.

Von Anfang an zeigten die selbsternannten „Demokraten“ in Blockpartei-Manier von Schwarz bis Rot, daß die Demokratie in diesem Staat zur leeren Worthülse zu verkommen droht und sie nicht bereit sind, das Wahlergebnis zu akzeptieren. Der Wählerwille wurde von den Altparteien von Beginn an nicht ernstgenommen und alle erdenklichen Mittel – mit etwas Demokratie über-tüncht – gelangten zum Einsatz, um die Arbeit der NPD-Fraktion möglichst zu verhindern bzw. zu erschweren. So haben sich die Etablierten nur wegen der NPD eine Geschäftsordnung zusammengeschrieben, die nicht einmal mehr geheime Abstimmungen zuläßt.

Trotz der Beschneidungen, Hindernisse und Ausgrenzungen legte die NPD-Fraktion eine

Arbeitsleistung vor, die nicht zu verachten ist. Die Bilanz kann sich sehen lassen:

51 Anträge
38 Änderungsanträge
349 Kleine Anfragen
1 Große Anfrage
1 Gesetzentwurf

Damit liegt die NPD im Vergleich mit den übrigen „Oppositions“-Parteien mit insgesamt 440 parlamentarischen Initiativen nicht nur weit vor der FDP (103), sondern auch der Linken (166), die immerhin mit mehr als doppelt so vielen Abgeordneten im Landtag vertreten sind.

Es war abzusehen, daß es dem nationalen Gegenpol nicht möglich sein würde, Ideen und Anträge letztlich auch durchzusetzen, denn dazu fehlen noch die Mehrheiten, nichts desto trotz wird die NPD weiterhin die Alternativen einer nationalen und sozialen Politik im Landtag aufzeigen. Kleine Erfolge lassen sich trotzdem vorweisen, wenn Anträge erst abgelehnt und später durch die Blockparteien als Plagiat eingereicht werden. Aufgabe der Opposition in der Konkurrenzdemokratie ist es, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und vor allem ein Alternativprogramm anzubieten. Das tut die NPD-Fraktion und bringt damit die Herrschenden regelmäßig in Erklärungsnot.

BRD-Maulkorb für Meinungs- und Forschungsfreiheit

Mit einem Antrag zur Wiedererrichtung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaat ersuchte die NPD-Fraktion um eine Strafgesetzbuch-Änderung zur Abschaffung des sog. Volksverhetzungsparagraphen 130.

Den Argumenten des Fraktionsvorsitzenden demokratiethoretischer, juristischer und menschenrechtlicher Art verschlossen sich die „demokratischen Fraktionen“ (Blockparteien) vollkommen. Die anfänglich schlicht vortragene Gegenrede der Landtagspräsidentin Bretschneider steigerte sich in ein hysterisches Stakkato von

Unterstellungen und Beschimpfungen. Blind vor Gehässigkeit glaubte Bretschneider in dem NPD-Antrag erkennen zu können, daß die NPD „straflos zum Haß gegen Teile der Bevölkerung“ aufstacheln „oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen Menschen“ auffordern möchte. In einem Atemzug wollte Bretschneider auch noch die Leugnung von Mord und Verbrechen herbeireden.

Internationale Kritik des § 130

Doch darum ging es im Antrag überhaupt nicht. Vielmehr wollte die NPD-Fraktion auf die Verhältnisse in der BRD-Strafjustiz und auf den hiesigen Zustand der bedrohten Demokratie aufmerksam machen. Noch 1972 formulierte das Bundesver-

fassungsgericht, daß in einer freiheitlichen Demokratie „jede Meinung, auch die von etwa herrschenden Vorstellungen abweichende, schutzwürdig“ ist. Mittlerweile ist diese Rechtsauffassung keinen Pfifferling mehr wert. Vielmehr beschneidet der Volksverhetzungsparagraph massiv das Grundrecht der freien Äußerung. Mit harten Strafen wird versucht, Kritiker des BRD-Regimes mundtot zu machen. Daher kommentierte 1995 die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ die Verschärfung des Paragraphen mit den Worten: „Die Gerichtsentscheidung schränkt auf übertriebene und unangebrachte Weise das geschützte Recht auf Meinungsfreiheit ein.“

Wir denken, die Freiheit eines Staates läßt sich am besten daran charakterisieren, inwieweit es möglich ist, ohne Repressalien befürchten zu müssen, eine kritische Haltung gegenüber anderen Meinungen vertreten und frei äußern zu können. Die heutige Politik der Einschüchterung und der Willkür lehrt jedoch, daß genau dies in der BRD nicht gegeben ist. Denn in unse-

rem Land gibt es Denk- und Forschungsverbote. In einer fertigen Schablone wird die staatlich geforderte Meinung vorgegeben. Um allerdings überhaupt etwas Leugnen oder Billigen zu können, muß man erst einmal genau Wissen. Doch das ist nicht möglich. Aus diesem Grund kann es nur in einem totalitären System eine sog. Offenkundigkeit geben. Man denke nur einmal an das Mittelalter, als jeder wußte, daß die Erde der Mittelpunkt des Weltalls sei und sich die Sonne um sie drehe. Dieser Glaube war offenkundig – aber falsch.

Sonderrechte für Minderheiten

Ein weiterer Punkt, warum der § 130 StGB gestrichen werden muß ist, daß in ihm Minderheiten besonders geschützt werden und einen Vorrang erhalten. Das Deutsche Volk dagegen genießt keinen gesetzlichen Schutz seiner notwendigen eigenen Lebensinteressen. Eine Hetze wie „Deutschland solle verrecken“, ist hierzulande nicht strafbar.

Ihr Verständnis von der „Weiterentwicklung der Demokratie“ bewiesen auch die Abgeordneten der Blockparteien, als sie unter Applaus den NPD-Antrag abschmetterten – ein Armutszeugnis für die Demokratie.



Udo Pastörs: „Der ideologiepolitisch motivierte Paragraph 130 ist ein Instrumentarium der herrschenden Klasse!“

Privatisierung ist Diebstahl

Gegen den zunehmenden Privatisierungswahn positionierte sich die NPD-Fraktion von Mecklenburg-Vorpommern erneut in der September-Landtagssitzung. Mit dem Versuch der Renationalisierung der großen Energiekonzerne lief sie gegen die neoliberale Ausbeutungspolitik Sturm.

Die nationale Opposition forderte die Landesregierung auf, mit einer Bundesratsinitiative einen Beitrag zur Überführung der vier großen Energieriesen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW in ein nationales Energieunternehmen zu leisten. In der Antragsbegründung hieß es: „Die Sicherstellung der Grundversorgung ist Aufgabe des Staates. Mit der Eigentümerentflechtung der privatwirtschaftlichen Energiekonzerne wird garantiert, daß alle Menschen in der Bundesrepublik finanzierbare Energie erhalten.“

Zeit zum Handeln scheint nur geboten: In der Bundesrepublik haben sich die vier großen Energieanbieter eine Vormachtstellung geschaffen und steuern die Markt- und Preisentwicklung schon beinahe nach Belieben.

Die Liberalisierung der Energiemärkte hat nirgends den gewünschten Effekt gebracht, so daß die Rückführung privatwirtschaftlicher

Energiekonzerne in nationale Hand!

Energiekonzerne in einen nationalen Energiekonzern nur geboten ist. Der nationale Gegenpol an Deutschlands Küste zu den Nachtänzern einer global-liberalen Kapitalgesellschaft trat (und tritt auch weiterhin) für eine einheitliche Energie-Gesellschaft, die die Energieversorgung der gesamten Republik hinsichtlich der Gefährlichkeit, Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit und Versorgungsqualität sicher und so preiswert wie möglich garantiert, ein. Die Unterordnung der Wirtschaft – und eben auch der Energiewirtschaft – unter den Gemeinnutz ist nicht industriefeindlich, wie es von den Verfechtern des Kapitals geißelt wird, sondern im höchsten Maße Notwendigkeit. Gerade die Energiewirtschaft ist in einem Industrieland, wie es die BRD ist, Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Darum muß der Staat als Regulierungsinstrument in diesen Wirtschaftszweig

eingreifen, um aus einem Selbstbedienungsladen für gewissenlose Profitmacher wieder einen funktionstüchtigen Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge zu machen.

Verteuerung der Energiepreise

Die Konzern-Bonzen kummert das wenig. E.ON-Chef Wulf Bernotat ließ kürzlich die Maske endgültig fallen und meinte dreist: die Strompreise seien eigentlich viel zu billig. Und – die Preiserhöhung kam und viele Anbieter werden nachziehen.

Eine Welle der Empörung löste die Bekanntgabe der Erhöhung in der Öffentlichkeit aus. Noch verdienen der Staat durch seine Steuerforderungen am Strommarkt und die Konzerne selbst und bei den Haushalten gehen immer mehr Lichter aus. Mit der NPD-Forderung könnte sich jeder Deutsche Energie leisten.



DDR-Opfer

Den sich jährenden Tag der deutschen Einheit und den Tag des Mauerfalls nahm die NPD zum Anlaß, um zwei Anträge ins Plenum einzubringen. Beide mit dem Ziel, einstigen DDR-Opfern ein Stück Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zum einen sollten Opfer von Zwangsadoptionen über den Verbleib ihrer Angehörigen informiert werden, denn Eltern haben heute kein Recht mehr zu erfahren, wo ihre leiblichen Kinder sind. Die Kinder dürfen es, wissen aber meist nicht, daß sie überhaupt adoptiert wurden.

Außerdem beantragte die NPD-Fraktion, daß alle potentiell Antragsberechtigten auf die DDR-Opferrente über die rechtlichen Möglichkeiten informiert werden. Bis heute hat nur rund die Hälfte der Betroffenen einen Antrag gestellt. Die Blockparteien lehnten erwartungsgemäß beide Anträge ab, verstiegen sich aber in diesem Fall sogar dahin, dem Abgeordneten Tino Müller das Wort zu entziehen, weil dieser zu offen das DDR-Unrecht kritisierte. Bei der Linken ist die Ablehnung eines solchen Ansinnens sogar nachvollziehbar, ist diese doch direkter Nachfolger der SED mit ehemaligen IM's wie Torsten Koplin als Abgeordnete.

Abgeordnete	NPD (6)	FDP (7)	Linke (13)
Anträge	51	21	48
Änderungsanträge	38	20	14
Kleine Anfrage	349	58	100
Große Anfrage	1	-	-
Gesetzesinitiativen	1	4	4

Quelle: Parlamentsdatenbank (www.landtag-mv.de) Stand: 01.11.2007

Blockparteien mauern beim Kinderschutz

Die nationale Fraktion im Schweriner Schloß engagiert sich auch weiterhin für die Verbesserung des Kinderschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. So brachte sie einen Gesetzentwurf für eine verpflichtende Früherkennungsuntersuchung zur Zweiten Lesung in den Landtag ein. Wie richtig sie mit ihrem Gesetzentwurf lag, muß inzwischen selbst die Landesregierung zugeben. Im August sagte der Sozialminister SELLERING, daß sein Ministerium momentan an einem Konzept zur Verbesserung des Kinderschutzes arbeite. Hauptaugenmerk solle eine verbindliche Früherkennungsuntersuchung



für Kleinkinder sein. Diese Meldung erfolgte zeitnah zur anstehenden Beratung des Gesetzentwurfes der NPD im Landtag. Trotz alledem wurde der Gesetzentwurf von allen anderen Landtagsfraktionen abgewiesen. Die Besucher des Landtages wurden an diesem Tage wieder einmal Zeuge, wie ernst die Etablierten den Schutz unserer Jüngsten nehmen.

Die Familie: Keimzelle des Volkes

Im Gespräch mit Tino Müller zum Thema Familienpolitik

Herr Müller, welchen Stellenwert besitzt für Sie die Familie?

Es sind zwar Selbstverständlichkeiten, die aber nicht oft genug wiederholt werden können: Für das Fortkommen und das Überleben eines Volkes sowie für das Lehren der Muttersprache und die Vermittlung von Kultur und Bräuchen ist die Familie unabdingbar. Ich meine die Familie, die den meisten von uns noch gut bekannt ist, also Mutter, Vater, Kinder. Auch das ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich, aber dazu später mehr.

Diesen Grundsätzen folgend, hat der Staat die Pflicht, der Familie jeglichen Schutz und größtmögliche Förderung angedeihen zu lassen.

Die gesamte Familienförderung ist, wie schon angedeutet, zum einen aus volkspolitologischer, zum anderen auch aus ökonomischer Sicht sehr wichtig. Gerade letzterer Aspekt spielt ja in diesen Tagen in Medien und Politikerreden eine augenscheinlich große Rolle, wenn immer wieder vom Fachkräftemangel die Rede ist, der neben einer verfehlten Schulbildungspolitik und dem förmlichen Wegekeln junger Menschen zur Arbeit im Ausland nicht zuletzt auch auf den sogenannten Geburtenschwund zurückzuführen ist.

Bereits jetzt tritt ihre Unzufriedenheit mit der offiziellen Politik klar zutage ...

Ja, die jetzige Parteienkaste vertritt internationale Interessen, womit von ihr eine ernsthafte Sozial- und Familienpolitik nicht betrieben werden kann. Sie lehnt die deutsche Nation sogar ab, bekennt sich zum identitätslosen Einheitsmenschen, zu Multikulti. Da ist der Schritt zum Widernatürlichen nicht weit.

Es bleibt zu fragen, ob ihre Vertreter die Aufgabe darin sehen, unter dem Schlagwort der „Gleichstellung“ Homo-Ehen zu fördern. Unterstützung erfährt dieser auf Seele und Psyche mehr oder weniger schleichend wirkende Zersetzungsprozeß noch durch die Medien – ich sage bewußt „die Medien“, nehme also die öffentlich-rechtlichen nicht vom Vorwurf aus, mit der buntschillernden Propaganda für „Lebensabschnittspartnerschaften“, „Single-Kult“ und besagte Homo-Partnerschaften bei denjenigen, die eine Familie im klassischen Sinne gründen wollen, das

Gefühl zu erzeugen, Außen-seiter zu sein.

Die wahnwitzige neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik mit ihrem Wachstums- und Gewinnstreben und natürlich ihrem wachsenden Zwang zur Mobilität tut ein übriges, um Menschen, die eigentlich eine Familie gründen wollen, im wahrsten Sinn des Wortes müde zu machen. Wer ständig mit Druck, Hast und auch Angst leben muß, verfügt über allerschlechteste Voraussetzungen für eine Familien-gründung.

Wer heute eine Familie gründet und mit ihr auch ein Bewußtsein verbindet, verdient schon fast das Bundesverdienstkreuz, aber das ist ja offenbar für andere Personengruppen reserviert.

SPD, Linke und auch CDU locken neuerdings mit kostenfreiem Mittagessen und ähnlich gelagerten Dingen. Ihre Meinung dazu?

Klingt alles gut, gleicht jedoch mehr einem Herumdoktern an den Symptomen als neues Polit-Hobby der Alt-Parteien und erinnert an eine notdürftige Kosmetik ihrer deutschfeindlichen Politik. Wir erleben das in jeder Landtagssitzung aufs Neue: Mit Anträgen wie der Forderung nach einem Landeswettbewerb für mehr Kinderfreundlichkeit versuchen sie sich in Pose zu setzen, um somit den Wählerinnen und Wählern eine kinder- und familienfreundliche Politik vorzugaukeln. Die Vorstöße sind populistisch im negativen Sinn, da sie zum oben mehrfach genannten Kern der Sache nicht vordringen und wohl auch nicht vordringen wollen.

Bei allen von Ihnen genannten Kräften handelt es sich um solche, die der Familie, wie wir sie wollen, faktisch adé gesagt haben und die um Randgruppen buhlen. Vornehmlich bei der Linken zeigt sich dies in höchster Formvollendung. Die Nachfahren der DDR-Staatspartei sind in ihrem Bestreben, sich neuen Wählerschichten zu öffnen, bei einem wilden Sammelsurium angelangt: Drogensüchtige, Antifa-Krawalltouristen, Homosexuelle und natürlich Zuwanderer sollen das neue Wahlvolk bzw. die Mitglieder-schaft bilden; die jetzige ist bekanntlich hoffnungslos überaltert, wird aber den eben- genannten Kurs der Parteiobere-

mit Stirnrunzeln zur Kenntnis nehmen. Überhaupt ist das jetzige PDS-Wahlvolk in Mitteleuropa im Kern national und volkstreu gesinnt und käme nie auf die Idee, nun auf einmal Homo-Ehen und Ähnliches mitzupropagieren.

Welche Vorstöße zur Familienförderung hat Ihre Partei bislang im Landtag unternommen?

Mir fällt da spontan der Gesetzentwurf ein, der Früherkennungs-Untersuchungen für Kinder bis zum Schuleintrittsalter zur Pflicht machen soll. Der Grund: Kinder werden noch nicht ausreichend genug gegen Vernachlässigung, Mißhandlung und sexuellen Mißbrauch geschützt. Vorbild ist für uns eine entsprechende Regelung im Saarland. Desweiteren brachten wir

einen Antrag auf Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter durch das Land ein. Mit dem Registerzugriff soll es Verantwortlichen in Sportvereinen, Jugend-Feuerwehren und anderen Organisationen, die mit Kinder- und Jugendarbeit betraut sind, erleichtert werden, schwarze Schafe unter den Mitarbeitern und Bewerbern herauszufiltern. Gegen die Anrechnung von Kinder-Begrüßungsgeld auf das ALG II brachten wir einen Dringlichkeitsantrag ein. Desweiteren gab es noch eine Reihe kleiner Anfragen zum Thema.

Bislang legten Sie den Schwerpunkt, was die Familienförderung betrifft, vor allem auf den ideellen Rahmen. Welche materiell geprägten Maßnahmen sehen Sie vor?

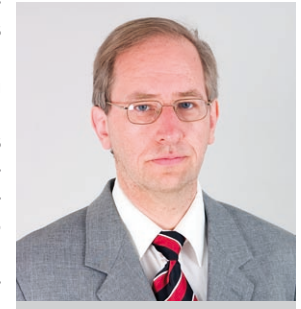
Wir fordern eine Erhöhung des Kindergeldes als volkspolitische Maßnahme, die nur an deutsche Familien ausgezahlt werden darf. Das Müttergehalt soll einer längst fälligen Anerkennung des von der Frau und Mutter Geleisteten gleichkommen und dient einer Sicherung ihrer Altersrente. Der Weg zur freien Entscheidung, ob sie zu Hause bleibt oder arbeiten geht, soll der Frau offenstehen.

Und nicht zu vergessen das Ehestandsdarlehen – nennen wir es ruhig so und lassen uns nicht länger auch noch das Vokabular vorschreiben: Pro Kind sinkt der zurückzuzahlende Betrag um 25 %; bei der Geburt des vierten Sprosses ist die Sache abgegolten.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eines sagen: Der von uns angestrebte komplette Systemwechsel setzt einen Bewußtseinswechsel voraus: weg von der familien- und kinderfeindlichen Streßgesellschaft hin zur Volksgemeinschaft als tragende Säule. In diesem Zusammenhang muß jedem deutlich werden, daß es auch in der Wirtschaft höchste Zeit für einen Wechsel ist – und zwar zurück zu regionalen Kreisläufen, die in der raumorientierten Volkswirtschaft gipfeln. Die Befreiung von NATO, US-Bindung und EU wird Balsam für unsere Seelen, aber auch für die Staatskasse sein.

Pfusch gegen Rechts

Zum Ansinnen der Sy-stemparteien CDU und SPD, ein neues NPD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen, bezog der Abgeordnete und Jurist Michael Andrejewski aus vornehmlich juristischem Blickwinkel Stellung: „Das Bundesverfassungsgericht hat 2003 klargestellt, daß die Spitzel (...) bereits in der



Michael Andrejewski, MdL

Vorbereitungsphase eines Verbotsverfahrens abzu-ziehen sind; und die be-ginnt spätestens mit der öffentlichen Ankündigung, einen Verbotsantrag stellen zu wollen. Das haben Sie schon vor über einem Monat angekündigt, wobei es besonders ins Gewicht fällt, daß Herr Ringstorff zu dieser Zeit Präsident des antragsberechtigten Ver-fassungsorgans Bundesrat war.“

Durch Spitzel erhalte die verbotswütige Seite über-dies Einblick in die mo-mentan entwickelte NPD-Verteidigungs-Strategie, erarbeitet von maßgeb-lichen Gremien der Partei.

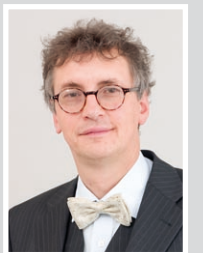
„Wenn Sie da drinnen einen Spitzel haben, kennen Sie die Grundzüge (...) bereits jetzt. Und das wird Ihnen in Karlsruhe keiner abneh-men, daß in den Landes-

vorständen kein einziger Zuträger ist.“ Der Abzug der Zuträger hätte längst erfolgen müssen. „Sie hätten vertraulich und nichtöffentlich Material und Mehrheiten sammeln und dann den Antrag ankün-digen (...) und sofort die V-Männer oder V-Frauen abziehen müssen. (...) Das war Pfusch gegen Rechts.“

Auch der gefährliche Pfusch kam zur Sprache: „Interessant auch, daß der SPD-Vorsitzende Beck endlich zugab, was die Sicherheitsbehörden noch 2003 im Verbotverfahren leugneten: Daß eingeschleuste Spitzel sehr wohl zu Straftaten anstacheln sollen! Er schlug nämlich vor, die V-Leute einzufrieren. Sie sollten zurückhaltender agieren, zum Beispiel nicht als agents provocateurs; ein erstaunliches Geständnis.“

Ist das die gepredigte Zivilcourage?

Lob und Geld für Gewalttat



Im Wahlkampf 2006 war der jetzige NPD-Abgeordnete Raimund Bormann von drei Männern verbal bedroht und sogar tätlich angegriffen worden. Nun stellte das Gericht das Ver-fahren gegen die Gewalt-täter gegen eine Geldbuße von 2.600 Euro ein.

Nach dem Gerichtsent-scheid solidarisierten sich die „anständigen Demo-kraten“ mit den Abgestraf-ten. Von SPD-Fraktion über Grüne, Bund der An-tifaschisten, DGB, Evan-gelische Kirche bis AWO wurde ihnen eine „breite Unterstützung“ zuteil. Die Genannten belohnten, die als Akt der „Zivilcourage“ bezeichnete Gewalttat mit einer Spendenaktion.

Nicht nur dem Rechts-verständnis nach ist dieses Verfahren äußerst skanda-lös, auch aus zivilgesell-schaftlicher Perspektive werfen Urteil und Reaktion der Schein-„Demokraten“ ein bezeichnendes Licht auf die Realitäten in der BRD.

Volker Schlotmann, Frak-tionschef der SPD, hatte unlängst die NPD als „Feind“ bezeichnet. Nun wird deutlich, welche Mittel

ihm gegen Menschen mit anderer politischer Über-zeugung geeignet sind. Mit Doppelmoral kommt auch die Landtagspräsidentin daher. Allzuoft spielte sie sich als moralische Instanz auf und ließ verlautbaren, daß sie Gewalt in der po-litischen Auseinanderset-zung ablehne. Tatsächlich scheint ihr Gewalt zumin-dest gegen die unliebsa-me Opposition durchaus legitim und lobenswert. Mit der viel propagierten „De-mokratie und Toleranz“ hat dieses Verhalten nichts zu tun. Ebenso kann hier nicht von Zivilcourage gespro-chen werden.

Nach Bildungsminister Henry Tesch (CDU) heißt Zivilcourage, auch Ängste zu überwinden. So kann diese Beherrtheit nicht be-deuten, Protest in Gewalt umschlagen zu lassen, sondern mit dem „Mut der Wenigen“ Gesicht zu zei-gen.

Dies macht heute die NPD. Sie tritt als einzige politische Partei für die selbstbestimmte Nation, für Tradition und Werte und eben auch für die im Grundgesetz veranker-ten Grundrechte in einem volksbestimmten Staat ein.

Der Abgeordnete Tino Müller, 2-facher Familienvater, ist arbeits- und familienpolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion. Schutz der deutschen Familie, ist eines der vorrangigen Ziele der Nationalen!

Ausbildungsoffensive statt Masseneinwanderung

Mit seinen Plänen, eine „Blue-Card“ für ausländische Fachkräfte in Europa einzuführen und darüber 20 Millionen Einwanderer in den Kontinent zu locken, sorgte EU-Innenkommissar Franco Frattini europaweit für Diskussionen. Auch in Deutschland stießen die Pläne auf weitgehende Ablehnung, allerdings nicht, weil die etablierten Politiker plötzlich etwas gegen Masseneinwanderung haben, sondern weil derartige Dinge nach Auffassung der Blockparteien auf nationaler Ebene geregelt werden müssen.

Trotz momentaner Ablehnung der „Blue-Card-Pläne“ sah sich die NPD-Fraktion veranlaßt, aus Gründen der Prävention einen Antrag ins Plenum einzubringen. Im Konkreten wurde beantragt, daß, anstatt den Zuzug ausländischer Fachkräfte zu forcieren, eine landesweite Ausbildungsoffensive ins Leben zu rufen ist und zunächst die rund 140.000 arbeitslosen Landesleute in Mecklenburg-Vorpommern zukunftsgerecht zu qualifizieren sind.

In seiner Rede wies Udo Pastörs darauf hin, daß der Antrag seiner Fraktion auch eine Vorsorgemaßnahme darstelle. Zu oft mußten es die Menschen dieses Landes erleben, daß zunächst zurückgewiesene oder dementierte Pläne

später klammheimlich oder unter anderem Namen verwirklicht wurden. In seiner Rede prangerte Pastörs in gewohnt schonungslos offener Art das Versagen der Landesregierung und ihrer Vorgänger an. Denn die Tatsache, daß in Deutschland darüber diskutiert werden muß, ob wir ausgebildete Menschen aus Asien und Afrika benötigen oder nicht, offenbart, daß die Ursache in einer verfehlten Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu suchen ist. Hier will die NPD ansetzen und nicht das Versagen und den Geburtenchwund durch Menschen aus fernen Kontinenten kompensieren.

Klargestellt wurde durch die NPD im Antrag auch, daß dem durch Frattini skizzierten Szenario, wonach im Jahre 2050 jeder dritte EU-Bürger älter als 65 Jahre alt sein wird, durch bevölkerungspolitische Maßnahmen entgegenzuwirken ist. Wenn jetzt Anreize geschaffen würden, um die Deutschen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu erhalten, kann der drohende Volkstod aufgehalten werden.

In diesem Sinne wird die NPD weiterhin ihren Wählerauftrag wahrnehmen und beweisen, daß allein ihre sechs Abgeordneten das Prädikat „Volksvertreter“ im Schweriner Landtag verdient haben.



Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.
Redaktionsschluss: 01.11.2007

INFO-GUTSCHEIN

Name	
Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
Telefon	
Fax	
ePost	

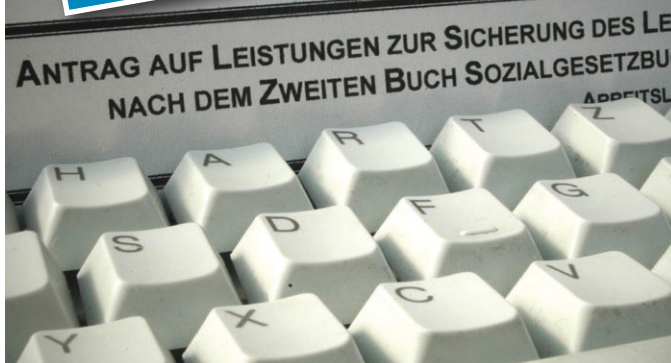
Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Jahrgang

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Hartz-IV-Unrecht



Der § 10 (2) Nr. 3 SGB II ist eine von zigtausenden Entscheidungs-Grundlagen im schwer zu durchdringenden juristischen Dschungel. Aus nationaler Warte indes hat sie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Bietet sie doch „Arbeits-Agenturen“ die entsprechende Handhabe, Erwerbssuchende in einer Weise, die an Nötigung grenzen mag, zur Arbeitsaufnahme bzw. zum Umzug in eine andere Region oder gar ins Ausland zu drängen: „Eine Arbeit ist nicht allein deshalb unzumutbar, weil (...) der Beschäftigungsort vom Wohnort des erwerbsfähigen Hilfs-

bedürftigen weiter entfernt ist als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungs-ort.“ Mit anderen Worten: Ein in Ostvorpommern wohnender Bau-Facharbeiter, der schon einmal so flexibel war, zur Arbeit nach Hamburg zu pendeln, darf nunmehr auch in Richtung Niederlande oder nach China verschoben werden. Auf Dauer gefährdet die Verschiebepolitik-Praxis im Sinne der Globalisierer das Überleben ganzer Regionen.

Die NPD-Fraktion erfüllt das Wahlkampfmotto des Jahres 2006 („Wir bleiben hier, wir packen an!“)

mit neuem Leben. Sie formulierte einen Antrag mit dem Titel „SGB II ändern und ‚Job-Nomadentum‘ für unzumutbar erklären“.

es zunehmend Fälle, in denen durch Gespräche der ARGEN (natürlich nicht in Gestalt von Schriftstücken!) Druck auf gerade junge

„Job-Nomadentum“ ist unzumutbar!

Der Abgeordnete Michael Andrejewski bezeichnete die mit § 10 (2) Nr. 3 SGB II verbundene Praxis treffend als „Kontrastprogramm zur Mauer“: „Damals durfte man nicht weggehen, heute muß man.“ Es herrsche, „wie der juristische Kommentar zum SGB II von Eicher und Spellbrink dies ausdrückt, der grundsätzliche Zwang zum Job-Nomadentum. Spiel ohne Grenzen für das von Ihnen geschaffene Prekariat“, verwies Andrejewski auf das volksvergessene Handeln der Systemparteien einschließlich der Linkspartei. Neben Menschen, die das Land aus eigenem Entschluß verlassen (u. a. Ärzte), gebe

Menschen ausgeübt werde, das Land zu verlassen. Zugleich brachte Andrejewski die Folgen ins Spiel: Abwanderung gerade junger Frauen (und damit fehlende Mütter!), Verluste beim sonst so vollmundig beschworenen Ehrenamt, Facharbeitermangel. Die Konsequenz könne nur lauten: Änderung des SGB II „etwa mit dem Zusatz in § 10: Umzüge sind unzumutbar, (...) es sei denn, das Ausbluten des Landes ist politisch gewollt“.

Offenbar ist dies von den Herrschenden gewollt, denn die Blockparteien lehnten auch diesen NPD-Antrag ab.

Neuregelung des Wassergesetzes

Bei der Neuregelung des Landeswassergesetzes, das in diesen Tagen im Landtagsausschuß für Agrarfragen durchgeboxt wurde und im November im Landtag auf der Tagesordnung steht, wird sich die NPD-Fraktion dagegen aussprechen.

Kernpunkt der Reform ist die Verringerung der Wasserabstandsregelung. In der neuen Fassung könnte dann der Abstand der landwirtschaftlichen Düngung zu Gewässern von bisher 7 m auf nur noch 3 m verringert werden.

Die SPD/CDU-Koalition beabsichtigt, die Regelung im Sinne der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und damit des Profits abzunicken und nennt das Chancengleichheit. Das Verwerfliche: Eine Überprüfung auf eine zu erwartende

Gefährdung der Wasserqualität durch die vermehrte Schadstoffzufuhr – auch Trinkwasser und Ostsee werden davon betroffen sein – wird als zweitrangig erachtet und einfach nebenbei betrieben. Es wird also von den Blockparteien bewußt eine mögliche Vergiftung von Mensch und Natur in Kauf genommen. Ein derart unverantwortliches Handeln nach der Devise, wenn das

Kind in den Brunnen gefallen ist, versuchen wir es irgendwie wieder herauszufischen, oder es ersäuft eben, wird hier die Kapitalmehrung über die Interessen von Volk und Heimat gestellt.

Wir von der NPD fordern: Erst auf die Folgewirkung und Verträglichkeit überprüfen, dann Gesetze beschließen – Denn: Volkes Wohl hat Vorrang!



Deutscher Wald gehört in deutsche Hände

In Zeiten des globalistischen Hochkapitalismus spielt auch der Wald die bloße Rolle einer Ware. Vornehmlich chinesische Geschäftsleute sind es, die unter Duldung der Systempolitik ganze Wälder aufkaufen, um den „Rohstoffhunger“ des industriell starken, aber einer katastrophalen Umweltpolitik unterworfenen „Reiches der Mitte“ zu befriedigen. Der Bund der Forstleute sieht in großflächigen Verkäufen die Gefahr negativer Auswirkungen auf Waldbau und heimischen Holzmarkt sowie einer Beeinträchtigung der ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes.

Die NPD-Fraktion fragte nunmehr bei der Landesregierung an, inwieweit ihr Erkenntnisse über vollzogene und geplante Käufe von Wäldern in M-V vorlägen.



Die Antwort: „Ja, derartige geschäftliche Aktivitäten ausländischer Investoren sind ... bekannt. Es liegen jedoch keine näheren Informationen zur Größe und Lage verkaufter Waldflächen vor.“ Man bekenne sich zum „offenen und internationalen Markt“, mit anderen Worten: zum Freihandels-Anarchismus.

„Der eigentliche Skandal besteht für mich darin, daß in der Antwort gesagt wird: Eigentlich ist's egal, wer das Holz nunmehr hat. Diese Art von Weltbürgertum lehnen wir ab; deutscher Wald gehört in deutsche Hände“, erklärte Udo Pastörs. Die BRD, walddreichster Staat Europas, ist dabei, Verfügungsgewalt und Steuerungsmöglichkeiten über ein weiteres wesentliches Gut mir nichts, dir nichts über Bord zu werfen.



Polnische Piratenfischerei

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die NPD-Fraktion den Landtag auf, die Piratenfischerei polnischer Fangflotten in der Ostsee zu verurteilen und über den Bundesrat umgehend die Bundesregierung auffordern, die EU anzumahnen, das beschlossene Fangverbot für die Republik Polen unverzüglich durchzusetzen.

Skandalös: Auch dieser Antrag, der für die deutschen Fischer von enormer Wichtigkeit gewesen wäre, wurde abgelehnt. „Man würde sich längst um alles kümmern“, lautete die ewig gleichklingende Ausrede.

Daß dem nicht so ist, zeigen die neuen Fangquoten der EU. Demnach wurde die Fangquote für Dorsch in der westlichen Ostsee um 28% und in der östlichen um 5% gekürzt. Und das, obwohl eindeutig die Polen den Dorsch überfischen und sich schon an die alte Regelung nicht gehalten haben. Die Polen fischen weiter „auf Teufel komm raus“, und wir sind wieder einmal die Dummen. Ein deutscher Fischer sagte dieser Tage zu den Medien zu recht, „die da oben in Brüssel machen uns fertig“.